

INHALT

- | | |
|--|--|
| <p>44. Gesetz über die risikoaverse Finanzgebarung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger öffentlicher Rechtsträger in Tirol</p> <p>45. Kanal- und Wassermindergebühren 2014</p> | <p>46. Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2013</p> <p>47. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2013
Verbraucherpreisindex für September 2013 (vorläufiges Ergebnis)</p> |
|--|--|

44.

Gesetz über die risikoaverse Finanzgebarung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger öffentlicher Rechtsträger in Tirol

I. Allgemeines:

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 7. November 2013 das Gesetz über die risikoaverse Finanzgebarung des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstiger öffentlicher Rechtsträger in Tirol beschlossen, welches mit 1. Jänner 2014 in Kraft treten wird.

Ziel des gegenständlichen Gesetzes ist es, Risiken bei der Finanz- und Vermögensverwaltung bestimmter öffentlicher Rechtsträger in Tirol bereits im Vorfeld auszuschließen. Die in diesem Gesetz enthaltenen Regelungen im Umgang mit Finanzgeschäften, insbesondere das nunmehr ausdrücklich formulierte Verbot für Spekulationen mit Steuergeldern, sollen eine risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung der betreffenden Rechtsträger sicherstellen.

Grundsätzlich unterscheidet das Gesetz zwischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzgebarung, die von vorneherein risikoavers sind und die in aller Regel auch nicht spekulativ ausgestaltet werden (wie etwa Kauf-, Dienst- oder Werkverträge), einerseits und solchen Maßnahmen der Finanzgebarung, bei denen das nicht der Fall ist, andererseits. Letztere werden unter dem Begriff der „Finanzgeschäfte“ (§ 2 lit. b) zusammengefasst. Bei den zu diesen Zwecken abge-

schlossenen Rechtsgeschäften kann die Gefahr einer nicht-risikoaversen Ausrichtung bzw. Verwendung zu spekulativen Zwecken nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Ebenso nicht erfasst sind **Beteiligungen der Gebietskörperschaften** bzw. eines sonstigen, ihr im Sinn des Sektors S 13 des ESVG 1995 zuzurechnenden Rechtsträgers **an Unternehmen**, etwa an einer Aktiengesellschaft, **wenn diese im öffentlichen Interesse und aus strategischen Erwägungen erfolgen**.

Im Folgenden werden die wesentlichen Gesetzesbestimmungen und die Erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage dargestellt.

II. Regelungen im Einzelnen:

A) Geltungsbereich (§ 1):

Das Gesetz regelt die risikoaverse Finanzgebarung, insbesondere bei der **Aufnahme und Bewirtschaftung von Verbindlichkeiten (Fremdfinanzierungen)** und bei der **Veranlagung öffentlicher Mittel**, und gilt für folgende Rechtsträger:

- a) Land Tirol,
- b) Gemeinden und Gemeindeverbände,
- c) Stiftungen, Fonds und Anstalten, die von Organen des Landes oder von Organen der Gemeinden oder Gemeindeverbände oder von Personen bzw. Personen-

gemeinschaften verwaltet werden, die hiezu von Organen des Landes oder von Organen der Gemeinden oder Gemeindeverbände bestellt werden,

- d) Landwirtschaftskammer Tirol,
- e) Landarbeiterkammer Tirol.

Der kompetenzrechtliche Anknüpfungspunkt für die Festlegung des Kreises der vom Gesetz erfassten Rechtsträger ist die Kompetenz zur Regelung ihrer Organisation (Art. 15, Art. 115 Abs. 2 und Art. 116a Abs. 4 B-VG). Diese Anknüpfung an die Organisationskompetenz des Landes bewirkt, dass ausgegliederte Landes- oder Gemeindeunternehmen, die in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Aktiengesellschaft, eines Vereins, einer Stiftung oder eines Fonds gemäß dem Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz betrieben werden, nicht als Rechtsträger gemäß § 1 Abs. 1 gelten, auch wenn diese vom Land oder einer Gemeinde gegründet, finanziert oder beaufsichtigt werden. In diesem Zusammenhang wird jedoch auf die Ausführungen zu § 14 verwiesen.

§ 2 Abs. 2 normiert, dass landesrechtliche Vorschriften über die Finanzgebarung, die etwa den Abschluss von bestimmten Finanzgeschäften an eine vorhergehende behördliche Genehmigung binden (vgl. z. B. § 123 TGO 2001), von diesem Gesetz unberührt bleiben.

B) Begriffsbestimmungen:

a) **Finanzgebarung** (§ 2 lit. a) sind alle Maßnahmen, die

1. mit der Aufnahme und Bewirtschaftung von Verbindlichkeiten (Fremdfinanzierungen) oder
2. mit der Veranlagung von Geldmitteln im Zusammenhang stehen;

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis VfSlg. 7944/1976 zu Art. 127 Abs. 1 B-VG ausgesprochen, dass unter dem dort verwendeten Begriff der „Gebarung“ ein *„als ein über bloßes Hantieren mit finanziellen Mitteln (Tätigen von Ausgaben und Einnahmen, Verwalten von Vermögensbeständen) hinausgehendes Verhalten (...), nämlich jedes Verhalten, das finanzielle Auswirkungen (Auswirkungen auf Ausgaben, Einnahmen und Vermögensbestände) hat“*, zu verstehen ist. Im Sinn dieses Erkenntnisses ist der Begriff der Finanzgebarung weit zu verstehen und umfasst nicht nur Maßnahmen, die zum Bereich des „Kreditmanagements“ zählen, also Maßnahmen, die der Bewirtschaftung von bestehenden Fremdfinanzierungsverpflichtungen dienen, sondern auch solche Maßnahmen, die einer (längerfristigen) Fremdfinanzierung dienen, wie etwa die Aufnahme von Darlehen oder sonstigen Krediten oder von Anleihen.

Darüber hinaus zählen zur Finanzgebarung auch alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Veranlagung von Geldmitteln.

b) **Finanzgeschäft** (§ 2 lit. b) ist ein Rechtsgeschäft,

1. mit dem Fremdfinanzierungsverpflichtungen eingegangen werden bzw. das der Mittelbeschaffung dient, wie die Aufnahme von Darlehen bzw. Krediten oder die Begebung von Anleihen,
2. das der Bewirtschaftung von Finanzierungsverpflichtungen dient,
3. das ausschließlich der Veranlagung von Geldmitteln dient.

Der Begriff des **Finanzgeschäfts** erfasst **nur solche Maßnahmen** der Finanzgebarung, **bei denen von vornherein die Gefahr besteht, dass deren Auswirkungen ein unverhältnismäßig hohes finanzielles Risiko bedeuten**. Solche Finanzgeschäfte können von den vom Gesetz erfassten Rechtsträgern künftig nur mehr unter den engen Voraussetzungen der §§ 3 bis 9 abgeschlossen werden.

Verfassungsrechtlicher Hintergrund dieser Einschränkung des Begriffs des Finanzgeschäfts auf die im § 2 lit. b aufgezählten Rechtsgeschäfte und der darauf basierenden Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit der betroffenen Rechtsträger ist insbesondere auch Art. 116 Abs. 2 B-VG.

Daraus ergibt sich zunächst, dass der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden durch formelle Gesetze des Bundes und der Länder Grenzen gesetzt werden können. Allerdings ist der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der Festlegung von Regelungen, die die Wirtschaftsfreiheit der Gemeinden einschränken, nicht unbegrenzt, sondern durch das verfassungsrechtliche Effizienzprinzip (im Interesse der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit geboten) und unter den Gesichtspunkten der Sachgerechtigkeit und der Verhältnismäßigkeit auf zweifache Weise eingeschränkt: Finanziell riskante Rechtsgeschäfte im Zusammenhang mit der Mittelaufbringung, der Bewirtschaftung von Finanzierungsverpflichtungen und der Veranlagung von Geldmitteln, die primär zu spekulativen Zwecken eingesetzt werden (können) und die Möglichkeit hoher Verluste in sich bergen, wären in diesem Sinn keinesfalls als zweckmäßig und daher von vornherein als unzulässig anzusehen. Umgekehrt wäre vor dem Hintergrund der Zielsetzungen des Gesetzes die Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit der Gemeinden hinsichtlich des Abschlusses solcher Rechtsgeschäfte, die von vornherein risikoavers ausgestaltet sind, denen kein spekulatives

Element innewohnt und die mit einer Mittelaufbringung, einer Bewirtschaftung von Finanzierungsverpflichtungen oder der Veranlagung von Geldmitteln in keinem Zusammenhang stehen, wie etwa der Kauf eines Feuerwehrautos oder die Anstellung einer zusätzlichen Bürokräft durch eine Gemeinde (auch das sind Maßnahmen der Finanzgebarung im Sinn des § 2 lit. a) weder sachgerecht noch erforderlich und angemessen, sondern überschießend und daher als dem Art. 116 Abs. 2 B-VG widersprechend anzusehen.

Dem soll die im § 2 lit. b enthaltene Begriffsbestimmung für den Begriff des Finanzgeschäfts Rechnung tragen, der solche von vornherein risikoaverse bzw. zur Spekulation ungeeignete Rechtsgeschäfte nicht erfasst.

Kein Finanzgeschäft im Sinn dieser Begriffsbestimmung stellen auch **Beteiligungen einer Gebietskörperschaft** bzw. eines sonstigen, ihr im Sinn des Sektors S 13 des ESVG 1995 zuzurechnenden Rechtsträgers **an Unternehmen**, etwa an einer Aktiengesellschaft, dar, **wenn diese im öffentlichen Interesse und aus strategischen Erwägungen erfolgen**, wie z. B. im Interesse der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der sog. Daseinsvorsorge, im Interesse der Sicherung des wirtschaftlichen, touristischen oder infrastrukturellen Leistungsangebots und dessen Weiterentwicklung in der Gemeinde bzw. Region oder zur Erreichung sonstiger spezifisch wirtschafts-, struktur- oder regionalpolitischer Ziele (sog. „strategische Beteiligungen“). Wesentlicher Bewertungsrahmen dafür wird u. a. der (gesetzliche) Aufgabenbereich der jeweiligen Gebietskörperschaft bzw. des sonstigen Rechtsträgers sein.

C) Grundsätze, Spekulationsverbot (§ 3):

Der hinter dem Begriff einer „**Risikoaversität**“ der Finanzgebarung stehende Grundgedanke ist, dass die **Risikominimierung** jedenfalls **Vorrang vor einer Ertrags- und Kostenoptimierung** hat und die betroffenen Rechtsträger bei der Finanzierung und der Veranlagung von öffentlichen Mitteln alle vermeidbaren Risiken von vornherein ausschließen oder dann, wenn ein völlig risikoloses Handeln nicht möglich ist, die mit einer Maßnahme der Finanzgebarung notwendigerweise verbundenen und einzugehenden Risiken auf ein Mindestmaß beschränken.

Strategische Beteiligungen (siehe dazu vorstehend) sind nicht als Teil einer nicht-risikoaversen Finanzgebarung (Spekulation) anzusehen, auch wenn der Wert derartiger Beteiligungen naturgemäß schwankt oder sogar das Risiko besteht, dass Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, insolvent werden.

§ 3 normiert somit, dass im öffentlichen Finanzmanagement grundsätzlich das Prinzip der Risikominimierung gilt und spekulative Veranlagungen oder Veranlagungsformen, die höhere Ertragsaussichten und damit spekulative Elemente enthalten, nicht dem Prinzip der risikoaversen Finanzgebarung entsprechen. Es dürfen **nur notwendige Risiken** im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes eingegangen werden. Risiken, insbesondere das Marktrisiko und das Kreditrisiko, sind auf ein Mindestmaß zu beschränken. Außerdem ist insbesondere auch auf die **Bonität des jeweiligen Vertragspartners** zu achten.

Marktrisiko und Kreditrisiko sind unter anderen zwei Risikoarten, die im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit auftreten und nachhaltig die finanzielle Situation beeinflussen können.

Marktrisiken sind grundsätzlich unmittelbare Finanzrisiken. Dabei handelt es sich um das Zinsänderungsrisiko, das Wechselkursrisiko, das Aktienkurs- und Aktienindexrisiko sowie das Edelmetall- und Rohstoffrisiko.

Kreditrisiken sind typische Bankrisiken; sie treten aber bei jeder Transaktion oder jedem Auftrag auf, bei dem der Zeitpunkt der Leistungserfüllung einer Partei in der Zukunft liegt. Dabei handelt es sich um das Kundenausfallsrisiko, das Emittentenrisiko, das Kontrahentenrisiko und das Länderrisiko.

Überdies sind die **Aufnahme von Darlehen bzw. Krediten** und die **Begebung von Anleihen zum Zweck der Veranlagung** nicht zulässig.

D) Zulässige Finanzgeschäfte (§§ 4 bis 7):

Wesentlicher Kern des Gesetzes ist, dass **nur mehr** die im Gesetz **taxativ aufgezählten Fremdfinanzierungen** (§§ 4 und 5) und **Veranlagungen** (§ 6) zulässig und **Fremdwährungsgeschäfte untersagt** (§ 7) sind.

§ 4 bestimmt, dass die Aufnahme von Darlehen bzw. Krediten und die Begebung von Anleihen (**Fremdfinanzierungen**) nur zulässig sind, wenn diese auf Euro lauten und – unbeschadet des § 5 – keine derivative Komponente enthalten.

Der Abschluss hochriskanter **derivativer Finanzgeschäfte** (§ 5) gehört zweifellos nicht zu den Aufgaben des öffentlichen Sektors, sodass ein allfälliger Einsatz derivativer Finanzinstrumente nur der Budget- und Liquiditätssicherung dienen darf.

Daher dürfen nach § 5 derivative Finanzgeschäfte nur als Absicherungsgeschäft abgeschlossen werden, um Zinsänderungs- und andere Marktrisiken eines zur Fremdfinanzierung abgeschlossenen Grundgeschäfts

zu begrenzen. Der Kauf eines sogenannten „Cap“ erfüllt dabei eine gewisse Versicherungsfunktion in Form der Festlegung einer Zinshöchstgrenze. Natürlich soll überdies der Umstieg von variablen in fixe Zinsen und umgekehrt sowie der Umstieg z. B. vom 3-Monats-EURIBOR auf den 6-Monats-EURIBOR weiterhin zulässig sein.

Weiters ist das derivative Finanzgeschäft bei Ablauf des zugrunde liegenden Grundgeschäfts aufzulösen, sofern es nicht als Absicherung für ein neues Grundgeschäft verwendet wird.

§ 6 Abs. 1 zählt die zulässigen **Veranlagungsformen** abschließend auf. Es handelt sich dabei um Veranlagungsformen, die im Allgemeinen als „sicher“ bzw. risikoarm gelten.

lit. a) Sichteinlagen, Spareinlagen:

Sichteinlagen sind Guthaben auf Konten, für die keine Laufzeit oder Kündigungsfrist vereinbart ist oder deren Laufzeit oder Kündigungsfrist weniger als einen Monat beträgt. Über Sichteinlagen kann auf Sicht – also jederzeit – durch Barbehebung oder im unbaren Zahlungsverkehr verfügt werden, ohne dass diese Absicht der kontoführenden Stelle vorher angezeigt werden müsste. Häufigste Form der Sichteinlagen ist das Guthaben auf Girokonten; hier stehen Liquiditäts- und Zahlungsverkehrsmotive im Vordergrund. Auch Tagesgeldkonten sind täglich fällig, dienen aber ausschließlich der Geldanlage.

Spareinlagen sind Einlagen bei Kreditinstituten, die der unbefristeten Geldanlage dienen und nicht für den Zahlungsverkehr bestimmt sind.

lit. b) Termineinlagen:

Termineinlagen (Fest- oder Kündigungsgelder) sind kurz- bis mittelfristige Geldanlagen bei Kreditinstituten, bei denen die Laufzeit (Festgelder mit fester Laufzeit) oder Kündigungsfrist (Kündigungsgelder mit einer bestimmten vereinbarten Kündigungsfrist) mindestens einen Monat beträgt. Sie dienen ausschließlich der Geldanlage, weil sie während der vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist für den Bankkunden nicht verfügbar sind. Sie sollen den Zeitraum bis zur Verfügung über die Geldanlage z. B. für terminlich feststehende Zahlungsverpflichtungen überbrücken, eignen sich wegen des Zinsnachteils aber nicht für langfristige Geldanlagen.

lit. c) folgende **Anleihen** mit Rückzahlung zum Nominale am Ende der Laufzeit:

1. Anleihen von inländischen Gebietskörperschaften,
2. Anleihen von Banken mit einem Mindestrating „investment grade“, die nach den Rechtsvorschriften

eines EU-Mitgliedstaates oder eines anderen Vertragsstaates des EWR-Abkommens gegründet wurden und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung in einem dieser Staaten haben.

Anleihen gelten als eher risikoarme Anlageformen, da sie über definierte Zinsansprüche und eine feste Rückzahlung verfügen und je nach Ausgestaltung gesichert sind. Es gibt aber auch Anleihen, die bewusst ein höheres Risiko enthalten und dafür eine höhere Rendite (Verzinsung) versprechen, wie z. B. Unternehmensanleihen.

Zulässig sollen nur Anleihen von inländischen Gebietskörperschaften sowie Anleihen, die von im Europäischen Wirtschaftsraum niedergelassenen Banken (vgl. Art. 54 AEUV und Art. 34 EWR-Abkommen, auf die die Formulierung in der Z. 2 Bezug nimmt) begeben werden, sein, wobei als zusätzliche Voraussetzung die Rückzahlung zum Nominale am Ende der Laufzeit normiert wird. Darüber hinaus ist bei Anleihen von Banken ein Mindestrating der Bank „investment grade“ erforderlich.

Ein Rating ist im Finanzwesen eine Einschätzung der Bonität eines Schuldners. In der Finanzbranche werden die Ratings in die beiden Gruppen „investment grade“ und „subinvestment grade“ oder „speculative grade“ aufgeteilt. Hierbei gelten die Rating-Klassen AAA bis BBB (inklusive Baa3 bzw. BBB-) als „investment grade“. Anleihen von Schuldnern mit einem Rating von AAA bis AA genießen die höchste Bonität und werden auch als „high grade“ bezeichnet. Anleihen mit einem Rating von BB oder schlechter, auch „Junk Bonds“ genannt, gelten als spekulativ und bilden daher keine sichere Anlage mehr. Um die grundsätzlich gewünschte Diversifikation des Portfolios nicht zu sehr einzuschränken, sollen im Hinblick darauf, dass infolge der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere des Bankensektors in den letzten Jahren zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur sehr wenige Banken innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums ein high grade-Rating aufweisen, nicht nur Bankanleihen mit einer sehr guten, sondern auch Bankanleihen mit einer guten Bonitätsrate erlaubt sein.

Unternehmensanleihen sind hingegen nicht zulässig. In Österreich werden die meisten Anleihen von Banken und der öffentlichen Hand begeben.

lit. d) Pfandbriefe:

Pfandbriefe sind Schuldverschreibungen, zu deren Deckung Hypotheken bestimmt sind. Pfandbriefe weisen also eine Besonderheit hinsichtlich der Deckung des Kapitals auf. Die Schuldverschreibungen müssen in

Höhe des Nennwertes jederzeit durch Hypotheken des Emittenten von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt sein. Die Ausgabe von Pfandbriefen ist bestimmten Banken vorbehalten, die über eine Konzession nach dem HypBG oder dem PfandbriefG verfügen.

Nach § 6 Abs. 2 kann die **Landesregierung durch Verordnung weitere Veranlagungsformen**, die den Grundsätzen nach § 3 entsprechen, für zulässig erklären; damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, durch Verordnung der Landesregierung den taxativen Katalog des Abs. 1 um weitere im Sinn des § 3 zulässige Veranlagungsformen zu erweitern.

E) Organisatorische Vorkehrungen (§§ 8 und 9):

Qualifikation:

Nach § 8 dürfen mit Aufgaben im Bereich der Finanzgebarung nur Personen betraut werden, die aufgrund ihrer Qualifikation und Erfahrung dazu in der Lage sind.

Weiters dürfen einer mit Aufgaben im Bereich der Finanzgebarung betrauten Person nur jene Aufgaben und Kompetenzen sowie jenes Ausmaß an Verantwortung übertragen werden, die ihren Kenntnissen und Erfahrungen entsprechen.

Damit wird sichergestellt, dass nur **entsprechend qualifizierte Personen** im Bereich der Finanzgebarung tätig werden.

Vier-Augen-Prinzip:

Nach § 9 ist die Finanzgebarung so zu organisieren, dass **vor dem beabsichtigten Abschluss von Finanzgeschäften** eine Prüfung und Auswahl durch **zwei qualifizierte Personen** (§ 8) unabhängig voneinander erfolgt. Die **Empfehlung** an das für die endgültige Entscheidung über den Abschluss des Finanzgeschäfts zuständige Organ ist von diesen Personen **einvernehmlich** zu treffen, zu **begründen** und zu **dokumentieren**.

Diese Bestimmung dient der Verankerung des sog. „Vier-Augen-Prinzips“. Die Prüfung und die Auswahl eines konkreten Finanzgeschäfts hat zunächst zumindest durch zwei entsprechend qualifizierte, dem jeweiligen Rechtsträger zuzuordnende Personen unabhängig voneinander zu erfolgen, wobei diese Personen nicht notwendigerweise getrennten Organisationseinheiten des betreffenden Rechtsträgers angehören müssen.

Die endgültige Entscheidung über das Finanzgeschäft obliegt im Landesbereich dem nach der Geschäftsverteilung der Landesregierung zuständigen Regierungsmitglied (ggf. auch einem Kollegialbeschluss der Landesregierung, allenfalls unter dem Vorbehalt der nachfolgenden Genehmigung durch den Landtag), auf

Gemeindeebene dem Gemeinderat bzw. der Versammlung eines Gemeindeverbandes und bei den Trägern nach § 1 lit. d und lit. e dem nach den jeweiligen Organisationsvorschriften zuständigen Organ.

Da die Gemeindeverbände teilweise über keine oder nur wenige Bedienstete verfügen, enthält Abs. 2 eine Sonderregelung dahingehend, dass diese auf – entsprechend qualifizierte – Bedienstete der verbandsangehörigen Gemeinden zurückgreifen können. Davon abgesehen gelten jedoch die in Abs. 1 getroffenen Regelungen auch für Gemeindeverbände.

Die Landesregierung kann mit Verordnung bestimmte Rechtsträger – mit Ausnahme des Landes – von den Verpflichtungen nach Abs. 1 ausnehmen, wenn die Einhaltung dieser Vorgaben, insbesondere im Hinblick auf die Größe und die Organisation des Rechtsträgers, dessen personelle und budgetäre Ausstattung oder die Art und den Umfang der von ihm getätigten Finanzgeschäfte, einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verursachen würde. Die Ausnahme kann sich auf alle oder einzelne, genau bezeichnete Finanzgeschäfte beziehen.

Es ist beabsichtigt, Gemeinden bis zu einer bestimmten Einwohnerzahl von dieser Bestimmung auszunehmen, da einwohnermäßig kleine Gemeinden in der Regel auch nicht über eine entsprechende Bedienstetenanzahl bzw. -struktur verfügt. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes gelten jedoch gleichermaßen auch für die vom Vier-Augen-Prinzip ausgenommenen Rechtsträger.

F) Transparenz, Kontrolle:

Strategische Jahresplanung (§ 10):

Die im § 10 geforderte strategische Jahresplanung muss eine Liquiditätsplanung enthalten, welche auch die unterjährige Liquiditätsreserve limitiert.

Berichtspflichten (§ 11):

Diese Bestimmung regelt die Berichtspflichten als das zentrale Instrument zur Kontrolle und Sicherstellung der Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes:

Demnach haben die Rechtsträger jährlich einen Bericht zu erstellen:

- a) über alle neu getätigten Transaktionen zur Finanzierung des jeweiligen Haushalts,
- b) zum jeweiligen Schuldenstand.

Die Berichte sind bis zum 31. Mai des Folgejahres an die jeweils zuständige **Kontrolleinrichtung** zu übermitteln, das sind:

- a) der **Landesrechnungshof**, wenn es sich um Berichte des Landes oder der Rechtsträger nach § 1 Abs. 1 lit. c

handelt, soweit diese von Organen des Landes oder von Personen bzw. Personengemeinschaften verwaltet werden, die hiezu von Organen des Landes bestellt werden;

b) die **Landesregierung**, wenn es sich um Berichte der Rechtsträger nach § 1 Abs. 1 lit. d und e handelt;

c) die **Landesregierung**, wenn es sich um **Berichte der Gemeinden, der Gemeindeverbände** oder der Rechtsträger nach § 1 Abs. 1 lit. c handelt, soweit diese von Organen der Gemeinden oder Gemeindeverbände oder von Personen bzw. Personengemeinschaften verwaltet werden, die hiezu von Organen der Gemeinden oder Gemeindeverbände bestellt werden.

Die Landesregierung kann nach § 11 Abs. 3 mit Verordnung nähere Bestimmungen über die Form, den Inhalt und die Art der Übermittlung der Berichte erlassen.

Kontrolle (§ 12):

Der **Landesrechnungshof** hat auf der Grundlage der Berichte nach § 11 Abs. 2 lit. a die Einhaltung dieses Gesetzes durch die berichtslegenden Rechtsträger zu überprüfen und über das Ergebnis der Prüfung einen Bericht zu erstellen.

Die **Landesregierung** hat auf der Grundlage der Berichte nach § 11 Abs. 2 lit. b und c die Einhaltung dieses Gesetzes durch die berichtslegenden Rechtsträger zu überprüfen. Entstehen im Rahmen der Prüfung diesbezüglich Zweifel, so ist dem betreffenden Rechtsträger Gelegenheit zur Stellungnahme binnen angemessener Frist zu geben. Das Ergebnis der Prüfung ist dem betreffenden Rechtsträger mitzuteilen und einschließlich dessen allfälliger Stellungnahme in ungekürzter Form im Interesse hinreichender Transparenz auf der Internetseite des Landes Tirol zu veröffentlichen.

Für Gemeinden und Gemeindeverbände gilt darüber hinaus nach § 12 Abs. 3 und 4 in Anlehnung an § 119 TGO folgendes:

Kommt die Landesregierung aufgrund einer Prüfung zum Ergebnis, dass dieses Gesetz durch eine Gemeinde bzw. einen Gemeindeverband nicht eingehalten wurde, so hat der Bürgermeister bzw. Verbandsobmann das Ergebnis der Prüfung dem Gemeinderat bzw. der Versammlung vorzulegen. Der Bürgermeister bzw. Verbandsobmann hat die aufgrund des Prüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen innerhalb von drei Monaten der Landesregierung mitzuteilen.

Im Hinblick auf die für die Aufsichtsbehörde bestehenden gesetzlichen Aufsichts- und Eingriffsrechte sowie auch vor dem Hintergrund der zudem gegebenen zivil- und strafrechtlichen Folgen eines Zuwiderhandelns gegen dieses Gesetz durch die betreffenden

Rechtsträger und die für sie handelnden Organe wurde von der Festlegung spezifischer Sanktionen Abstand genommen.

G) Eigener Wirkungsbereich:

§ 13 bezeichnet gemäß Art. 118 Abs. 2 B-VG die in diesem Entwurf geregelten Angelegenheiten der Gemeinden als solche des eigenen Wirkungsbereichs.

H) Ausgegliederte Rechtsträger:

Aufgrund des Fehlens einer entsprechenden Gesetzgebungskompetenz des Landes wird im § 14 eine gesetzliche Verpflichtung der Rechtsträger nach § 1 Abs. 1 verankert, im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass auch jene Rechtsträger, die nach dem ESVG 1995 ihrem Verantwortungsbereich zugeordnet sind, den zweiten und dritten Abschnitt dieses Gesetzes einhalten. Dies erfolgt etwa bei einer GmbH im Rahmen des Gesellschaftsvertrages bzw. aufgrund entsprechender Gesellschafterweisungen nach Maßgabe des GmbH-Gesetzes.

I) Übergangsbestimmungen, Inkrafttreten:

Das Gesetz tritt nach § 16 mit **1. Jänner 2014** in Kraft.

Alle Maßnahmen der Finanzgebarung, die nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes getroffen werden, haben in vollem Umfang dessen Bestimmungen zu entsprechen.

Nach § 15 Abs. 1 haben die Rechtsträger zugleich mit dem ersten, wenn dies aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist, zugleich mit dem zweiten Bericht nach der jeweils zuständigen Kontrolleinstanz (§ 11 Abs. 2) auch einen gesonderten Bericht über die gesamten mit dem Ablauf des 31. Dezember 2013 bestehenden Transaktionen zu übermitteln.

§ 15 Abs. 2 normiert als **Übergangsbestimmung**, dass Anschlussfinanzierungen (Rollierungen) und risikoreduzierende Absicherungen von bestehenden Finanzgeschäften entgegen den Bestimmungen des Gesetzes vereinbart werden können, wenn

a) diese Finanzgeschäfte im direkten Zusammenhang mit einem vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossenen Finanzgeschäft stehen,

b) der Rechtsträger der jeweils zuständigen Kontrolleinstanz (§ 11 Abs. 2) bis zum 31. Dezember 2015 eine geeignete Strategie für einen stufenweisen Abbau der den Bestimmungen dieses Gesetzes widersprechenden Finanzgeschäfte übermittelt und

c) der Rechtsträger diese Finanzgeschäfte auf der Grundlage dieser Strategie bis zum 31. Dezember 2017 an die Bestimmungen dieses Gesetzes anpasst.

Die Strategie nach lit. b kann im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen Kontrolleinrichtung (im Fall der Gemeinden und Gemeindeverbände die Landesregierung) auch einen späteren Endtermin als den 31. Dezember 2017 vorsehen, wenn dies aufgrund der Art oder des Volumens der betroffenen Finanzgeschäfte den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entspricht und das damit verbundene Risiko vertretbar ist.

Alle Maßnahmen der Finanzgebarung, die nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes getroffen

werden, haben in vollem Umfang dessen Bestimmungen zu entsprechen. Unter den im § 15 Abs. 2 festgelegten Voraussetzungen ist auch weiterhin – bis zum Ablauf des 31. Dezember 2017 – der Abschluss von bestimmten Finanzgeschäften möglich, die den in den §§ 3 bis 6 enthaltenen Festlegungen widersprechen. Diese Bestimmung soll den Abbau von bestehenden „Altrisiken“ erleichtern.

Der Abs. 3 beinhaltet in diesem Zusammenhang spezifische Berichtspflichten zum Stichtag 31. Dezember 2017.

45.

Kanal- und Wassermindestgebühren 2014

Die Mindestgebühren für die Gewährung von Förderungen zum Gebührenhaushalt Kanal sowie nach § 4 Abs. 3 der Richtlinien über die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds (siehe Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Dezember 2012, Nr. 61) werden für das Jahr 2014 wie folgt bekanntgegeben:

Mindestkanalanschlussgebühr	Mindestabwassergebühr
pro m ³ umbautem Raum EUR 5,33/m ³	pro m ³ Wasserverbrauch EUR 2,083/m ³
Mindestkanalanschlussgebühr	Mindestwassergebühr
pro m ² Geschoßfläche EUR 15,99/m ²	pro m ³ Wasserverbrauch EUR 0,41/m ³

46.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2013

Ertragsanteile an	November		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	-52.767	832.231	884.998	1677,18
Lohnsteuer	18.134.953	19.012.289	877.337	4,84
Kapitalertragsteuer	486.310	500.969	14.659	3,01
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	559.616	861.282	301.666	53,91
Körperschaftsteuer	1.365.326	2.834.402	1.469.076	107,60
Abgeltungssteuern Schweiz	0	2.453.039	2.453.039	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	3.053	6.808	3.755	123,00
Stiftungseingangssteuer	7.251	6.976	-275	-3,79
Bodenwertabgabe	3.551	16.243	12.692	357,39
Stabilitätsabgabe	9.318	4.712	-4.606	-49,43
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	20.516.611	26.528.952	6.012.341	29,30
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	19.852.425	20.393.161	540.737	2,72
Abgabe von alkoholischen Getränken	9	14	4	48,08
Tabaksteuer	-101.750	1.287.740	1.389.490	1365,59
Biersteuer	160.430	69.520	-90.911	-56,67
Mineralölsteuer	2.936.887	2.240.589	-696.298	-23,71
Alkoholsteuer	87.008	85.291	-1.717	-1,97
Schaumweinsteuer	873	636	-236	-27,09
Kapitalverkehrssteuern	225.957	130.874	-95.084	-42,08
Werbeabgabe	232.359	336.548	104.189	44,84
Energieabgabe	148.384	634.394	486.010	327,54
Normverbrauchsabgabe	416.319	394.264	-22.055	-5,30
Flugabgabe	99.442	103.162	3.720	3,74
Grunderwerbsteuer	5.659.170	7.731.961	2.072.791	36,63
Versicherungssteuer	960.748	924.152	-36.597	-3,81
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.495.027	1.576.867	81.840	5,47
KFZ-Steuer	-828	12.697	13.525	1633,52
Konzessionsabgabe	288.342	270.284	-18.058	-6,26
rechnungsmäßig Ertragsanteile	32.460.802	36.192.152	3.731.351	11,49
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	31.581.718	35.313.069	3.731.351	11,81
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	52.098.329	61.842.021	9.743.692	18,70
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.962.232	5.678.335	716.103	14,43
Werbesteuerausgleich	37.337	54.057	16.719	44,78
Werbeabgabe nach der Volkszahl	195.022	282.491	87.469	44,85
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	501.666	501.666	0	0,00

47.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2013

Ertragsanteile an	Jänner - November		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	20.374.586	24.174.707	3.800.121	18,65
Lohnsteuer	198.338.311	210.402.790	12.064.479	6,08
Kapitalertragsteuer	11.530.932	11.354.115	-176.817	-1,53
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.413.699	6.075.818	662.119	12,23
Körperschaftsteuer	41.684.624	46.297.577	4.612.953	11,07
Abgeltungssteuern Schweiz	0	6.466.145	6.466.145	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	209.924	118.613	-91.311	-43,50
Stiftungseingangssteuer	95.649	72.771	-22.878	-23,92
Bodenwertabgabe	631.124	648.425	17.301	2,74
Stabilitätsabgabe	4.926.077	4.197.459	-728.618	-14,79
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	283.204.925	309.808.420	26.603.495	9,39
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	209.309.150	214.170.368	4.861.218	2,32
Abgabe von alkoholischen Getränken	283	300	17	5,95
Tabaksteuer	12.769.326	14.532.794	1.763.468	13,81
Biersteuer	1.714.744	1.707.246	-7.498	-0,44
Mineralölsteuer	36.749.004	37.287.539	538.535	1,47
Alkoholsteuer	1.182.932	1.153.370	-29.562	-2,50
Schaumweinsteuer	10.707	9.902	-806	-7,52
Kapitalverkehrssteuern	751.943	580.427	-171.516	-22,81
Werbeabgabe	3.652.661	3.716.412	63.751	1,75
Energieabgabe	7.501.424	7.752.772	251.348	3,35
Normverbrauchsabgabe	4.614.293	4.116.411	-497.882	-10,79
Flugabgabe	930.765	883.250	-47.515	-5,10
Grunderwerbsteuer	82.787.002	75.999.019	-6.787.984	-8,20
Versicherungssteuer	9.497.615	9.444.613	-53.002	-0,56
Motorbezogene Versicherungssteuer	13.770.159	14.478.316	708.157	5,14
KFZ-Steuer	324.434	329.676	5.242	1,62
Konzessionsabgabe	2.278.263	2.215.017	-63.245	-2,78
rechnungsmäßig Ertragsanteile	387.844.705	388.377.432	532.727	0,14
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	9.669.917	9.669.917	0	0,00
Summe sonstige Steuern	378.174.788	378.707.515	532.727	0,14
Kunstförderungsbeitrag	122.116	125.429	3.313	2,71
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	661.267.254	688.406.768	27.139.514	4,10
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
Ertragsanteile gesamt	668.612.823	694.549.891	25.937.068	3,88
*) davon:				
Getränksteuerausgleich	55.278.721	57.718.291	2.439.569	4,41
Getränksteuerausgleich **)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränksteuerausgleich	55.730.697	58.353.167	2.622.469	4,71
Werbesteuerausgleich	586.939	596.782	9.843	1,68
Werbeabgabe nach der Volkszahl	3.065.723	3.119.630	53.907	1,76
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	3.010.016	3.010.016	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2013

(vorläufiges Ergebnis)

	August 2013 (endgültig)	September 2013 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	107,7	108,5
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	117,9	118,8
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	130,4	131,4
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	137,2	138,2
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	179,4	180,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	278,9	281,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	489,5	493,1
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	623,7	628,3
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	625,7	630,4

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat September 2013 beträgt 108,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für August 2013 um 0,7% gestiegen (August 2013 gegenüber Juli 2013: +0,1%). Gegenüber September 2012 ergibt sich eine Steigerung um 1,7% (August 2013/2012: +1,8%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden